



Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 4. November 2010

Werbetrommel Web

Ob Zeitungsanzeigen, Fernseh-Spots oder City-Light-Poster – der deutsche Werbemarkt hat in den vergangenen Jahren eine gehörige Delle bekommen: Die Werbe-Umsätze sanken 2009 auf 18,3 Milliarden Euro, zwei Jahre zuvor erwirtschaftete die Branche noch 2,5 Milliarden Euro mehr. Nur die Online-Angebote legten deutlich zu. Beliefen sich die Umsätze mit Online-Werbung 2006 noch auf 495 Millionen Euro, sind sie seitdem auf zuletzt 764 Millionen Euro gestiegen. Dennoch bekam auch die Webwelt die Wirtschaftskrise zu spüren: Waren die Werbeeinnahmen

der Internetanbieter 2006 noch um 49 Prozent nach oben geschneit, lagen die Zuwächse im vergangenen Jahr nur noch bei rund 1 Prozent. Ursache dafür ist auch hier die weltweite Finanz- und Konjunkturkrise. So senkten allein die Top 30 der Unternehmen, die im Web die Werbetrommel rühren, ihre Aufwendungen um durchschnittlich rund 16 Prozent. Das Online-Plus geht somit primär auf neue Werbetreibende zurück. Wichtigste Werbekunden im Netz waren 2009 Telekommunikationsfirmen und Online-Dienstleister wie etwa Versandhändler.

In dieser Woche

Bildungspaket: Ab 2011 sollen Kinder und Jugendliche aus bedürftigen Familien im Rahmen der Hartz-IV-Reform zusätzliche Sachleistungen erhalten. Vorgesehen sind Zuschüsse für ein warmes Schulmittagessen, für Nachhilfe und Vereinsmitgliedschaften. Seite 2

Der Arbeitsmarkt: Auch wenn die meisten neuen Stellen in den vergangenen zehn Jahren in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen geschaffen wurden, entwickelten sich vor allem die Großstädte als Jobmaschinen. In Berlin und Hamburg boomte etwa der Dienstleistungssektor. Seite 3

Umwelttechnikpatente: Ob Windkraft oder Solarthermie – in puncto Umwelt- und Energietechnik ist die Bundesrepublik führend. So stammt jedes dritte vom Europäischen Patentamt erteilte Patent aus dem Windenergiebereich aus Deutschland. Seite 4-5

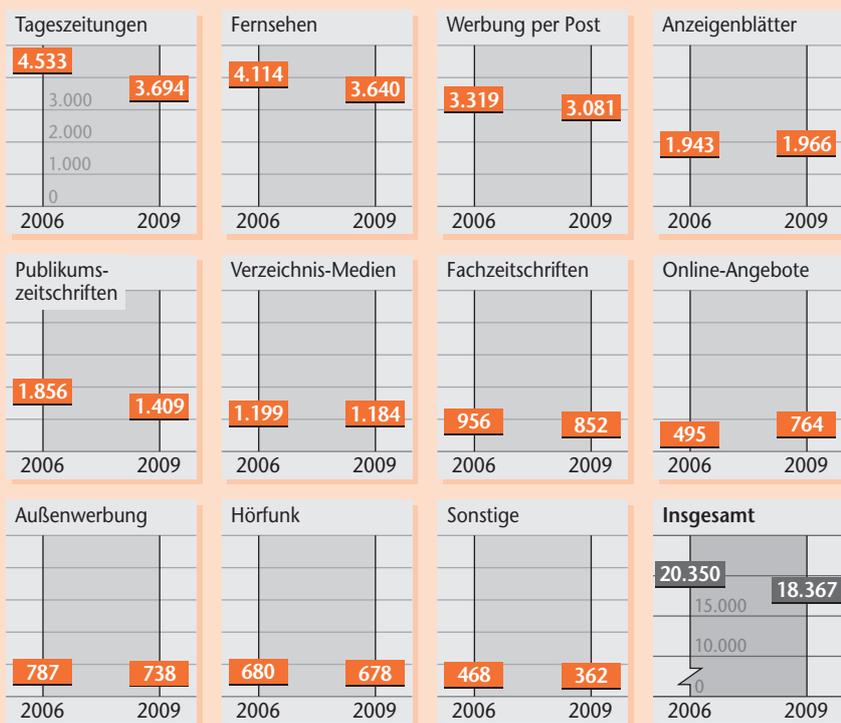
EU-Haushalt: Weil das jetzige Finanzierungssystem der Europäischen Union intransparent ist, denkt die EU-Kommission über alternative Geldquellen nach. Denkbar wäre, die Mitgliedsbeiträge durch eine EU-Steuer oder durch Abgaben zu ersetzen. Seite 6

Zweitwohnsteuer: Bürger, die zwei Wohnsitze in unterschiedlichen Kommunen haben, müssen mitunter eine Extra-Steuer zahlen. Diese Zweitwohnsteuer kann zwischen 4 und 28 Prozent der Kaltmiete betragen. In manchen Städten erhöht sich der Satz sogar bei steigendem Mietaufwand. Seite 7

Straßenverkehr: Während ab 2011 weltweit die „Dekade der Verkehrssicherheit“ startet, ist in Deutschland schon viel passiert: Die Zahl der Verkehrstoten sank zwischen 2000 und 2009 um fast 45 Prozent – und das trotz vollerer Straßen. Seite 8

Werbung: Nur Online wächst kräftig

Umsätze nach Werbeträgern in Millionen Euro



Sonstige: Wochen-/Sonntagszeitungen, Zeitungssupplements, Kinos; Verzeichnis-Medien: Nachschlagewerke wie Adressbücher oder Behördenhandbücher; Quelle: Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwwd 44

Bildungspaket

Sachleistungen für zwei Millionen Kinder

Ob Buntstifte oder Bücher, Klavierunterricht oder Klassenfahrten: Kinder haben einen Rechtsanspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe am Leben. Die Bundesregierung will deshalb im Rahmen eines Bildungspakets Sachleistungen für Kinder von Hartz-IV-Empfängern anbieten.

Genau 700 Millionen Euro im kommenden und jeweils 730 Millionen Euro in den beiden darauffolgenden Jahren – so sieht der Finanzrahmen für das Bildungspaket von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen aus. Mit diesem Geld sollen die rund zwei Millionen bedürftigen Kinder und Jugendlichen in Deutschland gefördert werden, und zwar nicht via Transfer an die Eltern, sondern per Sachleistung. Damit kommt die Regierung einer Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts nach, das nicht nur eine transparente Neugestaltung der Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger forderte, sondern Kindern einen eigenen Rechtsanspruch auf Teilhabe und Förderung einräumte.

Ziel des Bildungspakets ist es, diese Vorgaben umzusetzen. Das Paket besteht aus vier Komponenten, die ein möglichst breites Spektrum der kindlichen Bedürfnisse abdecken sollen (Tabelle):

1. Lernförderung. Künftig können Kinder aus ärmeren Familien Nachhilfe auf

Staatskosten bekommen – und zwar dann, wenn der Extra-Unterricht von den Lehrern befürwortet wird.

Langfristig sollte die Lernförderung allerdings entfallen können – dann nämlich, wenn Schulen die individuelle Förderung so weit verbessert haben, dass keine Nachhilfe mehr benötigt wird. Der Ausbau der Ganztagschulen ist ein Schritt in die richtige Richtung. Deren flächendeckende Einführung an Grundschulen und der Ausbau der frühkindlichen Förderung kosten nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) jährlich etwa 7,5 Milliarden Euro – eine Investition, die sich rechnet: Die öffentliche Hand könnte so eine Rendite von 8 Prozent erzielen, da gut ausgebildeter Nachwuchs im Erwachsenenleben auch zu einem höheren Steueraufkommen beiträgt und weniger Sozialausgaben verursacht (vgl. iwd 46/2008).

2. Schulbasispaket. Schon heute erhalten Hartz-IV-Familien Geld für Schulmaterial. Dabei bleibt es auch ab dem 1. Januar 2011: 100 Euro stehen jedem Schulkind jährlich zu, das in Tranchen à 70 und 30 Euro ausgezahlt werden soll. Hinzu kommen außerdem noch mal 30 Euro jährlich für Schulausflüge.

Anders als die drei anderen Bestandteile des Bildungspakets wird das Schul-

basispaket nicht als Sachleistung erbracht, sondern ausgezahlt. So kann jede Familie entscheiden, ob sie das Geld lieber für einen Kinderschreibtisch oder für Bücher, Stifte und Lineale ausgibt. Ein Mangel an Lernmitteln kann laut IW-Berechnungen nämlich eklatante Folgen haben:

Knapp 30 Prozent der Schüler in Deutschland, die nur über eine geringe Lesekompetenz verfügen, haben keine Bücher für Schulaufgaben; 11 Prozent der bildungsarmen Schüler besitzen kein Wörterbuch oder Lexikon. Aufgrund lückenhafter Schulausstattung fallen Kinder um ein knappes Schuljahr zurück.

3. Zuschuss zum Mittagessen. Künftig steht bedürftigen Kindern, die eine Schule oder eine Kindertagesstätte mit Mittagverpflegung besuchen, ein Essenszuschuss in Höhe von 2 Euro pro Schultag zu. Damit soll nicht nur die gesellschaftliche Teilhabe der bedürftigen Kinder erhöht werden, die bislang nicht am Mittagessen teilgenommen haben, sondern auch das gesundheitliche Wohlbefinden: Derzeit essen nach Angaben des Robert-Koch-Instituts weniger als die Hälfte der Kinder aus ärmeren Haushalten täglich Obst.

4. Außerschulische Bildung. Pro Jahr stehen Kindern aus ärmeren Familien künftig 120 Euro für die Mitgliedschaft in Sportvereinen, für Musikunterricht oder für andere Freizeitangebote zur Verfügung. Dieser Posten ist mit insgesamt 240 Millionen Euro pro Jahr der größte aller Komponenten des Bildungspakets.

Obwohl sportliche Betätigung auch ohne Geld möglich ist, besteht nach Berechnungen des Robert-Koch-Instituts ein Zusammenhang zwischen körperlicher Aktivität und sozialer Herkunft:

Von den drei- bis zehnjährigen Kindern, die aus ärmeren Haushalten stammen, sind etwa 40 Prozent weniger als einmal in der Woche sportlich aktiv.

Damit treiben sie etwa drei- bis viermal weniger Sport als Kinder aus begüterten Familien.

Bildungspaket: Für Spiel, Sport und Speisen

So sieht das Bildungspaket für die 1,7 Millionen Kinder von Hartz-IV-Empfängern sowie für die 300.000 Kinder von Geringverdienern aus, das ab dem kommenden Jahr zur Verfügung stehen soll

Lernförderung	Schulbasispaket	Mittagessenzuschuss	Außerschulische Bildung
Leistung			
Kostenübernahme von außerschulischer Förderung, deren Erfordernis vom Lehrer bescheinigt sein muss	Zuschuss zum Schulbedarf (wie Ranzen, Taschenrechner und Zirkel) sowie Kostenübernahme für eintägige Ausflüge	Zuschuss für ein warmes Mittagessen in Ganztagschulen und Kindertageseinrichtungen	Finanzielle Förderung der Teilnahme an Vereins-, Kultur- und Ferienangeboten, beispielsweise Musikunterricht
Wert der Leistung je Kind			
Sonderbedarf auf Antrag	100 Euro pro Jahr für Schulbedarf und 30 Euro pro Jahr für Schul- oder Kita-Ausflüge	2 Euro pro Mittagessen	120 Euro pro Jahr

Quelle: Bundesarbeitsministerium

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Erwerbstätigkeit: Service-Boom in Metropolen



Im Bundesländervergleich sind seit Beginn des Jahrzehnts die meisten Stellen in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen geschaffen worden. Die höchsten Zuwachsraten wiesen jedoch Hamburg und Berlin auf.

Der Motor der Beschäftigungsentwicklung in Hamburg war der expandierende Dienstleistungssektor. Hier wuchs die Zahl der Stellen seit dem Jahr 2001 um 96.000, wohingegen die Zahl der Jobs im Produzierenden Gewerbe um rund 20.000 sank.

Weil in der Hansestadt inzwischen bereits 85 Prozent der Arbeitskräfte im Service tätig sind, war zuletzt auch von der Krise wenig zu spüren. Im Jahr 2009 nahm die Erwerbstätigkeit an der Elbe sogar noch zu, während sie im stärker industrieorientierten Baden-Württemberg um 1,1 Prozent zurückging.

Vom Boom der Dienstleistungen profitiert auch der Arbeitsmarkt der Bundeshauptstadt; dort ist der Anteil der Servicekräfte mit 87 Prozent sogar noch höher als in Hamburg. Allerdings waren die Jobs, die seit 2001 entstanden sind, zuvor verloren gegangen. Denn nach der Wiedervereinigung musste sich die Hauptstadt erst neu sortieren.

Einen großen Dienstleistungssektor weisen mit jeweils knapp 80 Prozent der Erwerbstätigen auch Bremen und Mecklenburg-Vorpommern auf – diese Länder hinken bei der Beschäftigungsentwicklung indes hinterher. Offenbar ist auch von Bedeutung, welche Dienstleistungen angeboten werden. In Berlin und Hamburg sind besonders viele Menschen bei unternehmensnahen Dienstleistern – wie in der Wirtschaftsberatung oder der Forschung und Entwicklung – beschäftigt. In Mecklenburg-Vorpommern und Bremen dagegen dominieren eher Handel, Gastgewerbe und Verkehr.

Allerdings schneidet Hessen, wo ebenfalls viele Arbeitskräfte unternehmensnahe Dienste verrichten, deutlich schlechter ab als der Durchschnitt. Das könnte an der kränkelnden Finanzbranche liegen.

Der Arbeitsmarkt

Jobs: Großstädte machen Dampf

Veränderung der Erwerbstätigenzahl 2. Vierteljahr 2010 gegenüber 2. Vierteljahr 2001

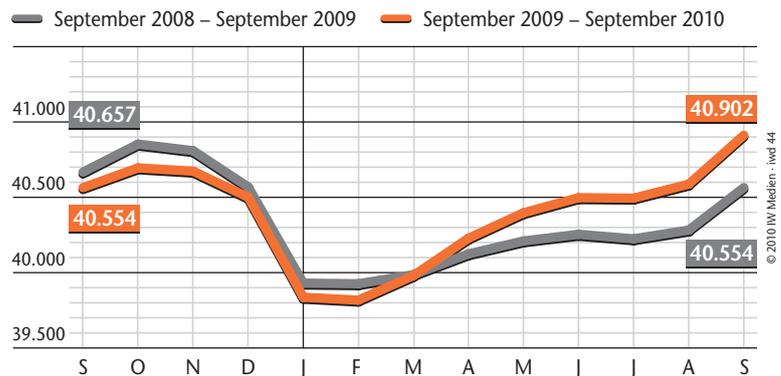
	in 1.000	in Prozent		in 1.000	in Prozent
Hamburg	74	7,0	Schleswig-Holstein	20	1,6
Berlin	102	6,5	Hessen	44	1,4
Rheinland-Pfalz	81	4,6	Sachsen	-3	-0,1
Bayern	261	4,1	Saarland	-4	-0,7
Niedersachsen	147	4,1	Bremen	-3	-0,8
Baden-Württemberg	138	2,5	Mecklenburg-Vorpommern	-9	-1,3
Brandenburg	20	1,9	Sachsen-Anhalt	-31	-3,0
Nordrhein-Westfalen	148	1,7	Thüringen	-32	-3,0
			Deutschland	953	2,4

Ursprungsdaten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Beschäftigung

Erwerbstätige in Deutschland in 1.000

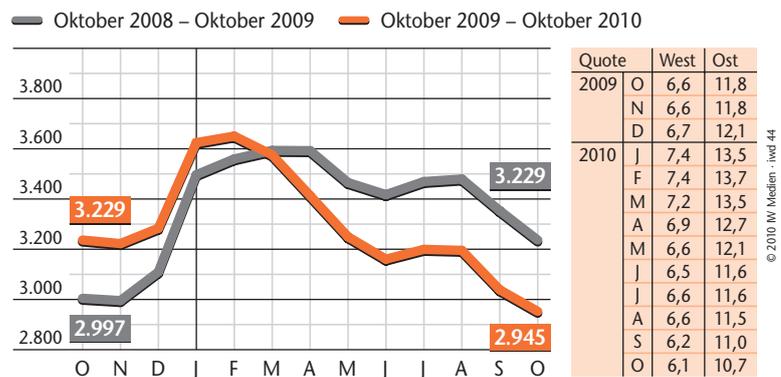


Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in Deutschland in 1.000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Quote	West	Ost	
2009	O	6,6	11,8
	N	6,6	11,8
	D	6,7	12,1
2010	J	7,4	13,5
	F	7,4	13,7
	M	7,2	13,5
	A	6,9	12,7
	M	6,6	12,1
	J	6,5	11,6
	J	6,6	11,6
	A	6,6	11,5
	S	6,2	11,0
	O	6,1	10,7

Umwelttechnikpatente

Saubere Leistung

In der Umwelt- und Energietechnik gehört Deutschland zur Weltspitze: Kein anderes Land hält im Bereich der Windkraft mehr Patente. Auch bei Sonnenenergie oder Wasserkraft ist die Bundesrepublik besonders innovativ. Dennoch sollten weiterhin auch die Techniken zur Nutzung klassischer Energiequellen verbessert werden.

In der Mojave-Wüste im Westen der USA entsteht gerade das größte Solar-kraftwerk der Welt. Mit 1.000 Megawatt Gesamtleistung – das leistungsfähigste Atomkraftwerk in Deutschland schafft maximal 1.400 Megawatt – können künftig bis zu 750.000 Haushalte in Kalifornien, Utah, Nevada und Arizona mit Solarstrom versorgt werden.

Das Mammutprojekt ist nur ein Beispiel dafür, dass erneuerbare Energien weltweit auf dem Vormarsch sind; doch es gibt noch viele weitere Belege: In der Nordsee werden große Windenergieparks errichtet, in Südeuropa und Nordafrika entstehen riesige mit Tagesspeichern versehene solarthermische Kraftwerke.

Auf vielen dieser Felder sind deutsche Unternehmen weltweit Spitze. Das belegt auch die Zahl der vergebenen Patente. Diese ist seit je ein wichtiger Indikator für die Leistungsfähigkeit einer Branche im Bereich von Forschung und Entwicklung – so auch in der Umwelt- und Energietechnik:

Von insgesamt 16.621 Patenten, die zwischen 1988 und 2007 vom Europäischen Patentamt (EPA) im Bereich

Umwelttechnik vergeben wurden, entfielen knapp 16 Prozent auf deutsche Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

Damit liegt Deutschland auf einem Niveau mit den USA. Spitzenreiter ist Japan mit einem Anteil von knapp 29 Prozent. Zusammen kommen die drei Länder auf sechs von zehn der vergebenen Umwelt- und Energietechnikpatente. Bezogen auf die Bevölkerungsgröße liegt Deutschland sogar nur noch knapp hinter Japan. Pro eine Million Einwohner hat die Bundesrepublik im genannten Zeitraum fast 32 solcher Patente vom Europäischen Patentamt erhalten. Das sind zwar immer noch etwas weniger als Japan mit 37 Patenten je eine Million Köpfe – aber rund viermal so viele wie die USA vorweisen können, die ja gemeinhin als Bastion der Entwickler und Erfinder gelten.

Auch in den einzelnen Feldern der Umwelt- und Energietechnik zeichnen sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern ab (Grafik):

Sonne: In der Kategorie Solarthermie und Photovoltaik dominiert Japan mit

Kleines Öko-ABC

Biokraftstoffe: Sie werden in Verbrennungsmotoren eingesetzt und stammen aus nachwachsenden Rohstoffen wie Ölpflanzen, Getreide oder Holz.

CO₂-Abscheidung und -Speicherung: Dieses Verfahren ermöglicht es, Kohlendioxid mit speziellen Anlagen in Kraftwerken abzufangen und in unterirdischen Gesteinsschichten auf unbegrenzte Zeit zu lagern.

Geothermie: Sie umfasst die in der Erde gespeicherte Energie, soweit diese entzogen und genutzt werden kann – etwa direkt zum Heizen und Kühlen, aber auch indirekt zur Erzeugung von elektrischem Strom.

Integrated Gasification Combined Cycle: Primärbrennstoffe wie Kohle, Biomasse oder Abfall werden in einem Vergaser zu energiereichem Brenngas umgewandelt, das dann wiederum genutzt wird, um Strom oder Wärme zu erzeugen.

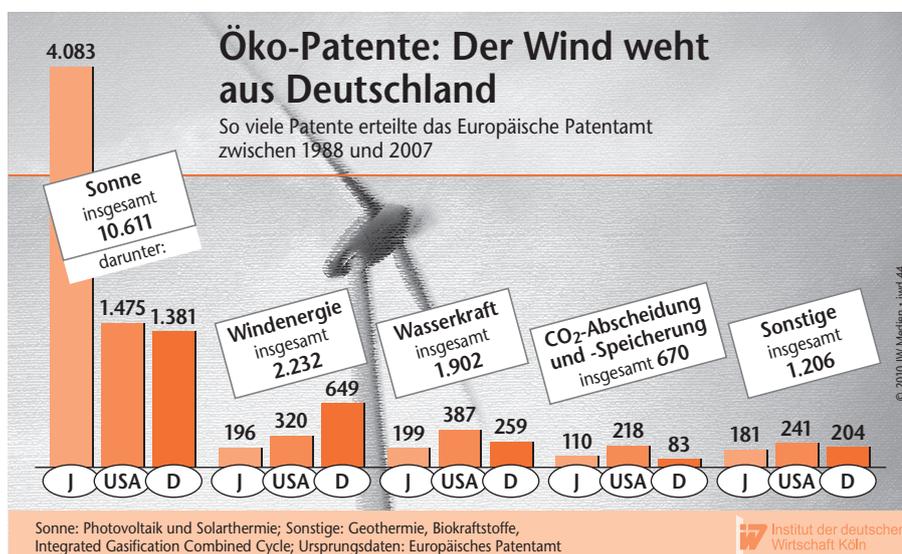
Photovoltaik: Die direkte Umwandlung von Sonnenlicht in Strom z.B. mittels Solarzellen.

Solarthermie: Bei diesem Verfahren wird die Wärme aus der Sonneneinstrahlung genutzt – etwa mittels Antrieb einer Kraftwerksturbine über Dampf.

einem Weltmarktanteil von 38 Prozent. Von 1988 bis 2007 konnte das Land 4.000 Patente in diesem Bereich anmelden – Deutschland kam hinter den USA mit knapp 1.400 Patenten auf den dritten Rang. Kaum eine Rolle spielt sowohl bei der Solarthermie als auch bei der Photovoltaik China: Trotz seiner umfangreichen Investitionen in die Solartechnik hat das Land nicht einmal jedes Hundertste der vom EPA vergebenen Patente erhalten.

Wind: Bei der Windenergie setzt Deutschland Maßstäbe – knapp 30 Prozent der Patente sind „made in Germany“. Nur auf halb so viele haben es die zweitplatzierten USA gebracht, Umwelttechnikprimus Japan kommt mit deutlichem Rückstand auf den dritten Rang.

Wasser: Bei Patenten, die Wasserkraft nutzbar machen sollen, halten die USA mit einem Anteil von rund 20 Prozent die Bestmarke, gefolgt von Deutschland und



Japan. In dieser Kategorie sind die Patente allerdings deutlich gleichmäßiger verteilt als in anderen Bereichen: Auch Länder wie Frankreich und das Vereinigte Königreich haben beim EPA in nennenswertem Umfang patentierungswürdige Forschungsergebnisse einreichen können.

Dennoch steckt in sämtlichen Bauteilen patentgeschütztes Know-how aus Deutschland, wenn es um die Stromgewinnung in Wasserkraftwerken geht. Hierbei wird fließendes Wasser auf die Schaufeln einer Wasserturbine geleitet. Ein Generator wandelt dann die mechanische in elektrische Energie um.

Bislang hat der Betrieb von Wasserkraftwerken die Ingenieure jedoch vor eine große Herausforderung gestellt: Oft verendeten Fische in den Turbinen und Pumpen der Kraftwerke. Zur Zeit der Aalwanderung mussten einige Wasserkraftwerke sogar vollständig abgeschaltet werden, was sich entsprechend nachteilig auf deren Wirtschaftlichkeit auswirkte. Ein in Deutschland entwickelter Einlaufrechen schlägt nun gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe: Er verhindert, dass Fische in Mitleidenschaft gezogen werden, hält ungewolltes Treibgut wie Holz gleich mit draußen und reduziert den Verlust an Strömungsenergie auf ein technisch vertretbares Minimum. Das zugehörige Patent wurde vom Europäischen Patentamt im Frühjahr 2010 erteilt – die Universität Kassel hatte es beantragt.

Bei einigen Ländern ist aktuell zu erkennen, dass sie ihre Forschung deutlich stärker auf Umwelt- und Energiepatente fokussieren als andere (Grafik). So besitzen Nationen wie Dänemark, Norwegen oder Spanien zwar in der Summe vergleichsweise wenige Umwelt- und Energietechnik-Patente. Doch der jeweilige Anteil an allen Patenten des Landes belegt eine gewisse Spezialisierung auf diesem Feld.

Generell werden Umwelttechnologie-Patente weiter an Bedeutung gewinnen – vor allem in Deutschland: In ihrem jüngst verabschiedeten Energiekonzept hat die Bundesregierung ambitionierte Ziele für die Stromversorgung festgelegt.

Momentan liefern die erneuerbaren Energien etwa 16 Prozent des Brutto-

Patentmarkt: Umwelttechnologien als Underdogs

So viele Umwelttechnologie-Patente erteilte das Europäische Patentamt zwischen 1988 und 2007 im jeweiligen Land ...

□ ... in Prozent aller neuen Patente ■ ... absolut

Dänemark	2,35	186	Südkorea	0,84	895	Japan	0,69	4.769
Norwegen	2,19	139	Österreich	0,81	156	Italien	0,65	301
Spanien	1,83	196	China	0,79	149	Belgien	0,64	85
Australien	1,29	131	Deutschland	0,77	2.576	USA	0,62	2.641
Taiwan	0,96	200	Schweiz	0,72	194	Frankreich	0,51	646
Niederlande	0,91	265	Kanada	0,71	253	Schweden	0,47	131
Israel	0,91	104	Vereinigtes Königreich	0,71	598	Finnland	0,43	86

Auswahl: Länder, in denen mindestens 50 Umwelttechnologie-Patente erteilt wurden
 Ursprungsdaten: Europäisches Patentamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 44

stromverbrauchs in Deutschland. Bis zum Jahr 2020 soll der Anteil auf 35 Prozent steigen, bis 2050 sogar auf 80 Prozent.

In der heimischen Wirtschaft existiert viel Know-how, wenn es um die Nutzbarmachung regenerativer Energien geht. Entsprechend ist Deutschland auf einem guten Weg, das von der Politik favorisierte Ziel wirklich zu erreichen und Strom weitestgehend aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen.

Wichtig ist es aber, dass kein fester Mix von Energietechniken politisch vorgeschrieben wird. Denn die technischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen lassen sich nicht über Jahrzehnte verlässlich vorhersagen. So werden auch konventionelle Energieträger wie Mineralöl und Kohle, aber auch die Atomtechnik weiter benötigt. Sie liefern noch immer den meisten Strom für deutsche Unternehmen und Haushalte – und das schon heute sehr wirtschaftlich: Deutschland hat die fünfthöchste Energieeffizienz der 29 wichtigsten Industrieländer (vgl. iwd 37/2010).

Gleichwohl hat die Förderung der erneuerbaren Energien mit dazu geführt, dass Deutschland bei Innovationen im Bereich der Umwelt- und Energietechnik eine herausragende Position innehat und immer neue Patente anmelden kann. Entsprechend fragt das Ausland schon heute Produkte und Dienstleistungen „made in Germany“ in großem Umfang nach:

Die deutsche Windkraftbranche erwirtschaftet vier von fünf Umsatzeuros im Ausland, in der Solarenergiebranche liegt der Exportanteil bei 50 Prozent.

Auch die hiesige Sachkenntnis ist international gefragt. So wird beispielsweise das Solarprojekt in der Mojave-Wüste von einem deutschen Kraftwerksbauer realisiert – kein Wunder, verfügt Deutschland in der Sparte Solarthermie doch über mehr Patente als die anderen Öko-Technik-Schwergewichte Japan, USA und Frankreich zusammen.

Patentschutz

Der nur auf Deutschland begrenzte Patentschutz, für den das Deutsche Patent- und Markenamt zuständig ist, spielt bei Innovationen in der Umwelt- und Energietechnik nur eine untergeordnete Rolle. Denn die meisten Firmen und Institutionen, die in diesem Bereich forschen, möchten ihre Ergebnisse international gegen Konkurrenten absichern. Entsprechend lassen sie ihre Entwicklungen durch das Europäische Patentamt (EPA) patentieren.

Das EPA arbeitet eng mit seinen Pendants in den USA und Japan zusammen. Die Unternehmen und Institutionen können ihre Erfindungen in der Regel auch in diesen Ländern über das Europäische Patentamt schützen lassen.

Nicht geschützt ist das geistige Eigentum damit in China. Dafür müsste ein Patent direkt beim Chinesischen Patentamt angemeldet werden – das geschieht meist nicht. Entsprechend können chinesische Firmen europäische Patente für den Heimatmarkt oder andere Länder, in denen kein Patentschutz besteht, nachbauen. Chinesische Unternehmen deshalb des Ideen-Diebstahls zu bezichtigen, ist objektiv betrachtet falsch. Denn wo das geistige Eigentum nicht durch ein Patent geschützt ist, kann es auch nicht gestohlen werden.

EU-Haushalt

Brüsseler Steuer-Träume

Die Europäische Kommission kritisiert das System der EU-Finanzierung als kompliziert und undurchsichtig. Die Brüsseler Behörde will die derzeitigen Beitragszahlungen der einzelnen Mitgliedsstaaten durch eine eigenständige Steuer oder Abgabe ersetzen – doch dagegen wehren sich mehrere EU-Länder.

Zurzeit wird der EU-Haushalt, der in diesem Jahr knapp 123 Milliarden Euro umfasst, zu etwa 85 Prozent aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten finanziert. Zum größten Teil orientieren sich diese Zahlungen am Bruttonationaleinkommen, zu einem geringeren Teil an der Mehrwertsteuer; der Rest sind vor allem Zolleinnahmen.

Die Kommission bemängelt das jetzige Finanzierungssystem als intransparent, weil es zahlreiche Ausnahmeregelungen enthält.

Angefangen hat es 1984 mit dem Britenrabatt: Damals konnte Premierministerin Margaret Thatcher durchsetzen, dass ihr Land fortan einen Nachlass auf seine Einzahlungen in den EU-Haushalt erhält. Allein 2010 sparen die Briten so fast 4 Milliarden Euro.

Seitdem folgten weitere Sonderbestimmungen. Ein Beispiel: Nach den aktuellen Regelungen führen die Mitgliedsstaaten jedes Jahr 0,3 Prozent ihrer Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage an die EU ab. Doch für Österreich wurde der sogenannte Abrufsatz auf 0,225 Prozent reduziert, für Deutschland auf 0,15 Prozent – und für die Niederlande und Schweden sogar auf 0,1 Prozent.

Hinzu kommt, dass diese Ausnahmen zwar schon seit 2007 gelten, aber erst 2009 umgesetzt wurden. Dadurch hat sich der Nettobeitrag der begünstigten Länder rückwirkend um die Kürzungen für die Jahre 2007 und 2008 verringert. Ohne diese Änderungen hätte Deutschland im Jahr 2009

netto wesentlich mehr zahlen müssen: nämlich 8,1 statt 6,4 Milliarden Euro.

Die Niederlande sind durch diesen Einmaleffekt sogar vom Nettozahler zum Nettoempfänger geworden (Grafik).

Das meiste Geld aus der EU-Kasse erhält inzwischen Polen mit 6,3 Milliarden Euro. In Relation zum Bruttonationaleinkommen schneidet Litauen mit 5,6 Prozent am besten ab.

Aufgefangen werden müssen die Sonderregelungen von den übrigen Mitgliedsstaaten. Deshalb befürchtet die EU-Kommission, dass es bei den Ver-

handlungen um den nächsten Finanzplan abermals zu Verteilungskämpfen zwischen den Ländern kommen wird.

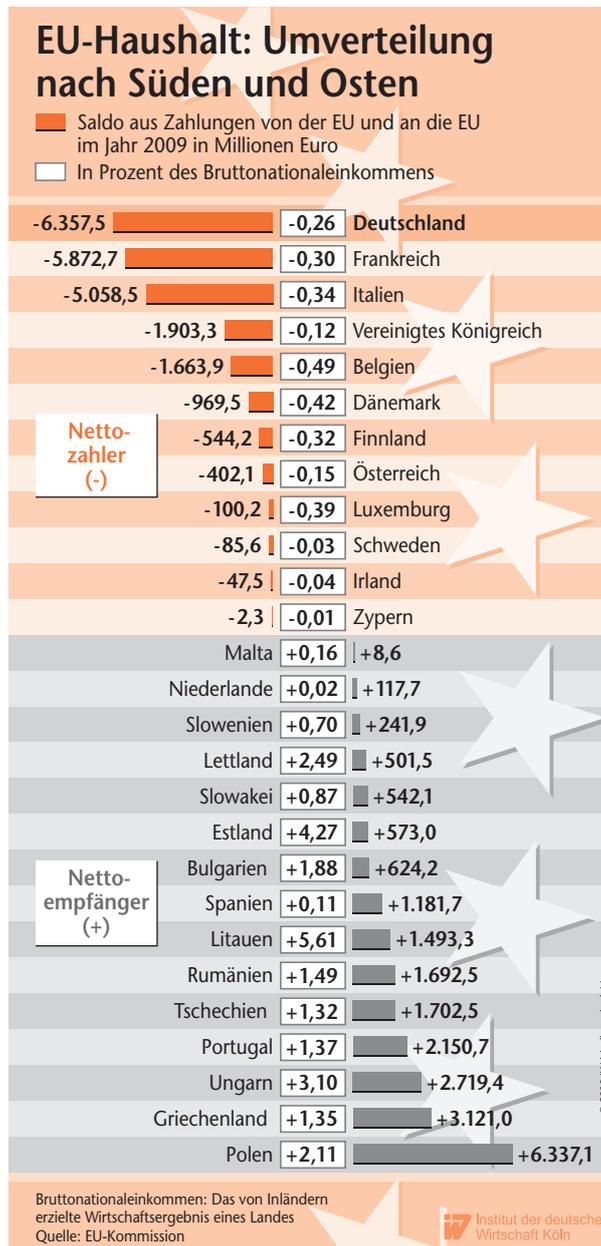
Zur Entschärfung des Konflikts will die EU-Kommission eine neue Finanzierungsquelle schaffen: Die bisherigen Mitgliedsbeiträge der einzelnen Staaten sollen schrittweise durch eine Abgabe oder Steuer ersetzt werden.

Die Vorschläge zu einer neuen Finanzierung des EU-Haushalts reichen von einer Besteuerung des Finanzsektors über Erlöse aus der Versteigerung von CO₂-Emissionsrechten bis hin zu einer europäischen Luftfahrtgebühr oder Körperschaftsteuer.

Mit einem anderen Finanzierungsmodell würde Brüssel aber auf einen entscheidenden Vorteil des derzeitigen Systems verzichten: Wenn die Mitgliedsstaaten den EU-Haushalt weitgehend über nationale Beiträge finanzieren, haben sie einen größeren Anreiz, die Ausgaben der EU zu kontrollieren. Schließlich müssen sie das Geld aus ihrem Steueraufkommen bereitstellen.

Die Nettobeiträge der einzelnen Mitgliedsstaaten werden zudem erst dann an Bedeutung verlieren, wenn die Union für alle EU-Bürger eine Politik macht, die eben nicht mehr national zurechenbar ist, wie dies heute etwa in der Agrar- und der Regionalpolitik überwiegend der Fall ist. Dafür werden derzeit noch gut drei Viertel der Ausgaben verwendet.

Spätestens bis zum 1. Juli 2011 muss die Europäische Kommission ihre Vorschläge für den Finanzrahmen 2014 bis 2020 vorlegen. Ob eine Steuer zur Finanzierung des EU-Haushalts dann tatsächlich kommt, ist allerdings fraglich – große Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich lehnen sie ab.



Zweitwohnsteuer

Die dritte Miete

Viele Kommunen sind finanziell klamm. Und weil sie ihre Ausgaben nicht mehr kürzen können oder wollen, müssen mehr Einnahmen her. Da kommt ihnen die Zweitwohnsitzsteuer gerade recht. Diese muss selbst von jenen Personen geleistet werden, die nicht einmal Einkommenssteuer zahlen – zum Beispiel von Studenten.

Wie viel Geld eine Gemeinde aus dem Steuertopf ihres Bundeslandes bekommt, richtet sich danach, wie viele Bürger dort gemeldet sind. Denn die Einkommenssteuer wird grundsätzlich nach dem örtlichen Steueraufkommen verteilt. Aber auch beim Finanzausgleich, also den Zuwendungen der Länder an die Kommunen, bemessen sich die Zahlungen an die Gemeinden nach deren Einwohnerzahl.

Als Einwohner einer Gemeinde zählt allerdings nur, wer dort seinen Erstwohnsitz hat – bei den Zweitwohnsitzen gehen die Kommunen also leer aus. Deshalb haben viele Städte und Gemeinden die Zweitwohnsitzsteuer erfunden. In den meisten Fällen wird sie als Prozentsatz auf die Nettokaltmiete oder Jahresrohmiete der Zweitwohnung erhoben. Bei selbst genutzten Eigentumswohnungen und Häusern wird jene Miete angesetzt, die üblicherweise für solche Wohnungen zu erzielen ist.

Die Kommunen können individuell festlegen, ab wann die Steuer fällig ist und wie hoch sie sein soll:

- **Fälligkeit.** In Berlin wird die Zweitwohnsitzsteuer erst dann kassiert, wenn man dieses Domizil länger als ein Jahr innehat. In Bad Saarow, nebenan in Brandenburg, hält der Kämmerer hingegen bereits im ersten Monat nach dem Einzug die Hand auf.
- **Tarif.** Er ist meistens proportional ausgestaltet – egal wie hoch die Miete ist, es wird immer der gleiche Prozentsatz erhoben; in Berlin etwa sind es 5 Prozent. Baden-Baden dagegen verfährt wie bei der Einkommenssteuer: Der Satz steigt progressiv. In dem Kurbad sind auf die ersten 2.500 Euro an jährlichem Mietauf-

Zweitwohnungen: Mancherorts ein teures Vergnügen

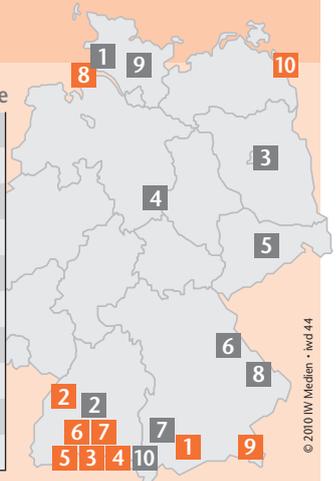
Zweitwohnsitzsteuersatz in Prozent der Kaltmiete

Die höchsten Steuersätze

1	Murnau	28,0
2	Baden-Baden	26,1
3	Konstanz	24,7
4	Lindau	22,4
5	Gailingen am Hochrhein	20,9
6	Moos	20,8
7	Oberstaufen	19,4
8	Cuxhaven	18,9
9	Bad Reichenhall	18,5
10	Kamminke	18,1

Die niedrigsten Steuersätze

1	Warwerort	4,4
2	Tübingen	5,0
3	Berlin	5,0
4	Goslar	5,5
5	Naundorf	6,3
6	Roßhaupten	6,5
7	Lechbruck am See	6,5
8	Bischofsmais	6,6
9	Bünsdorf	6,6
10	Seeg	6,8



Stand: Oktober 2010; Kaltmiete bei Eigentumswohnungen nach entsprechender Vergleichsmiete geschätzt; Quelle: www.zweitwohnsitzsteuer.de

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

wand 20 Prozent Zweitwohnsitzsteuer fällig, auf die folgenden 2.500 Euro 27,5 Prozent und auf Beträge über 5.000 Euro 35 Prozent. Das bedeutet:

Auf eine monatliche Kaltmiete von 500 Euro werden in Baden-Baden pro Jahr 1.537,50 Euro an Zweitwohnsitzsteuer fällig – das treibt die effektive Miete um 25 Prozent nach oben.

Vor allem Kurorte und Gemeinden mit großem Erholungswert drehen an der Zweitwohnungssteuerschraube (Grafik).

• **Zweck der Wohnung.** Bei der Festlegung, welche Wohnungen steuerpflichtig sind, gibt es regionale Besonderheiten. So kassiert Baden-Baden Zweitwohnsitzsteuer, wenn der Mieter in der Stadt z.B. zur Erholung oder Ausbildung verweilt. Bad Saarow interessiert der Zweck des Aufenthalts überhaupt nicht – dort wird die Steuer immer dann fällig, wenn die Zweitwohnung größer als 25 Quadratmeter ist, Fenster hat und mindestens drei Monate im Jahr bewohnbar ist. Damit möchte man auch die im Osten so beliebten Datschen erfassen, die sich oft auch als Zweitwohnung eignen.

• **Personenkreis.** Egal ob Azubi oder Professor – bei der Bestimmung des steuerpflichtigen Personenkreises sind die Städte nicht zimperlich. So sind auch Studenten, deren Einkommen unter dem

steuerfreien Grundfreibetrag liegt, zur Zahlung verpflichtet.

Nur bei Eheleuten müssen sich die Gemeinden zurückhalten. Denn das Bundesverfassungsgericht hat verfügt, dass bei ihnen im Falle einer berufsbedingten Zweitwohnung eine Steuer unzulässig ist:

Wenn die Familie den Erstwohnsitz nicht aufgeben kann, verstößt die Zweitwohnsitzsteuer gegen den besonderen Schutz von Ehe und Familie.

Aber nicht nur bei Eheleuten ist die Erhebung einer Zweitwohnsitzsteuer fragwürdig. Zwar erhält die Gemeinde für die Teilzeitbürger weder Anteile an der Einkommenssteuer noch Zuweisungen aus den Landeskassen, aber sie verliert auch nichts. Ihr gehen erst dann Gelder verloren, wenn durch den Bezug der Zweitwohnung andere Bürger, die gerne ihren Erstwohnsitz am Ort hätten, keine Bleibe finden. Das festzustellen, dürfte aber kaum möglich sein.

Auch das Argument, jede Zweitwohnung sei schließlich auch mit Kosten für die Gemeinde verbunden, zieht nicht – denn für jeden Handgriff verlangen die Kommunen in der Regel zusätzliche Gebühren. In vielen Fällen ist die Zweitwohnsteuer also nichts anderes als eine dritte Miete.

Straßenverkehr

Sicherer unterwegs

Die Vereinten Nationen haben die „Dekade der Verkehrssicherheit“ ausgerufen, um vor allem die Gefahren in Entwicklungsländern zu reduzieren. Deutschland und die EU sind da schon weiter. Europa setzte sich bereits vor zehn Jahren das Ziel, die Zahl der Verkehrstoten bis 2010 zu halbieren.

Es gibt Gegenden in der Welt, in denen bereits das Überqueren einer Straße ein echtes Abenteuer ist. Vor allem in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern setzen sich Verkehrsteilnehmer vergleichsweise großen Gefahren aus: Gut 90 Prozent der 1,3 Millionen Menschen, die weltweit jährlich bei Verkehrsunfällen ums Leben kommen, sterben in Schwellen- und Entwicklungsländern – und das, obwohl dort nicht einmal die Hälfte des Weltfahrzeugbestands zugelassen ist. Dass es dennoch zu so vielen schweren Crashes kommt, hat mehrere Gründe: Das beginnt bei alten, schlecht gewarteten Fahrzeugen, reicht über miserable Straßen und rücksichtsloses Fahrverhalten bis hin zur unzureichenden Organisation der Rettungsdienste.

Die Vereinten Nationen (UN) wollen das ändern und haben deshalb eine „Dekade der Verkehrssicherheit“ ausgerufen. Mit diesem Ansinnen fahren die UN im Fahrwasser der Europäischen Union, die bereits vor zehn Jahren ehrgeizige Ziele in puncto Verkehrssicherheit beschloss.

Straßenverkehr: Deutlich weniger Tote

Unfälle in Deutschland insgesamt

1991	2.311.466
2000	2.350.227
2009	2.313.453

Unfälle mit reinem Sachschaden

1991	1.926.319
2000	1.967.278
2009	2.002.647

Unfälle mit Personenschaden

1991	385.147
2000	382.949
2009	310.806

Leichtverletzte

1991	374.442
2000	401.658
2009	329.104

Schwerverletzte

1991	131.093
2000	102.416
2009	68.567

Tote

1991	11.300
2000	7.503
2009	4.152

Fahrleistung in Milliarden Fahrzeugkilometern

1991	574,1
2000	663,0
2009	686,7

Fahrleistung 2009: geschätzt
Quelle: Deutscher Bundestag

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Danach sollte sich die Zahl der Verkehrstoten in der EU innerhalb von zehn Jahren um die Hälfte reduzieren.

Die Bundesrepublik hat dieses Ziel erreicht (Grafik):

Obwohl es auf den deutschen Straßen immer voller wird, starben 2009 fast 45 Prozent weniger Menschen im Straßenverkehr als im Jahr 2000.

Auch bei der Zahl der Schwer- und Leichtverletzten gab es deutliche Rückgänge. Dabei ist die Unfallhäufigkeit mit rund zwei Milliarden Fällen pro Jahr seit zehn Jahren nahezu konstant. Dass es trotz gleich-bleibender Unfallzahlen dennoch viel weniger Verletzte gibt, hängt mit der modernen Sicherheitstechnik in den Fahrzeugen zusammen: Serienmäßige Airbags, ABS und Seitenaufprallschutz sorgen dafür, dass die Menschen bei einem Crash heutzutage besser geschützt sind als früher. Unfälle, die noch vor zehn Jahren zu schweren Verletzungen geführt hätten, hinterlassen heutzutage oftmals nur noch Schrammen bei den beteiligten Personen.

3.594 Euro gaben die deutschen Kfz-Versicherungen im Schnitt allein für Haftpflichtansprüche pro Autounfall im Jahr 2008 aus.

Auch langfristig hat sich die Verkehrssicherheit in Deutschland zufriedenstellend entwickelt: So ist die Zahl der Verkehrstoten seit 1970 immerhin um 80 Prozent gesunken. Während in der jüngeren Vergangenheit vor allem Fahrzeuginnovationen für mehr Sicherheit auf den Straßen sorgten, waren es in früheren Jahrzehnten primär gesetzliche Regelungen, die den Tod am Lenkrad verhindern halfen – die Durchsetzung der Gurtpflicht (1984) beispielsweise sowie die Senkung der Promillegrenze (1973 und 1998).

Heute kommt es zu schweren Unfällen meist aufgrund von Fahrfehlern. **Ein Viertel der Crashes mit Personenschäden passieren bei Ab-, Einbiege- und Kreuzungsvorgängen; ein weiteres Viertel bei Kollisionen im Längsverkehr, etwa bei Überholmanövern.**

Abhilfe schaffen könnten hier künftig aktive Fahrsicherheitssysteme wie ASR. Ein Knackpunkt sind auch die Straßen selbst: Viele Unfälle sind auf ein unübersichtliches Umfeld – Schilderwald, uneinsehbare Seitenstraßen – zurückzuführen.

Abhilfe schaffen könnten hier künftig aktive Fahrsicherheitssysteme wie ASR. Ein Knackpunkt sind auch die Straßen selbst: Viele Unfälle sind auf ein unübersichtliches Umfeld – Schilderwald, uneinsehbare Seitenstraßen – zurückzuführen.

Abhilfe schaffen könnten hier künftig aktive Fahrsicherheitssysteme wie ASR. Ein Knackpunkt sind auch die Straßen selbst: Viele Unfälle sind auf ein unübersichtliches Umfeld – Schilderwald, uneinsehbare Seitenstraßen – zurückzuführen.

Für Adressaufkleber